Aufsatz ZR

Dr. Andreas Alexander Himmen*

Der stellvertretungsrechtliche Abstraktionsgrundsatz

DOI 10.1515/jura-2016-0273

Das Stellvertretungsrecht ist für das bürgerliche Recht von wesentlicher Bedeutung. Nicht nur im privaten, sondern auch im geschäftlichen Rechtsverkehr wird von der Stellvertretung rege Gebrauch gemacht. Dementsprechend reichen rudimentäre Kenntnisse dieser Materie nicht aus. Insbesondere die Kenntnisse der dogmatischen Grundsätze des Stellvertretungsrechts sind für dessen Verständnis unerlässlich. Der vorliegende Aufsatz untersucht daher, in welchem Verhältnis das der Stellvertretung zu Grunde liegende Rechtsgeschäft (Grundgeschäft) einerseits und die Vollmacht andererseits zueinander stehen.

I. Ausgangspunkt

Nach § 164 Abs. 1 S. 1 BGB wirkt eine Willenserklärung, die jemand innerhalb der ihm zustehenden Vertretungsmacht im Namen des Vertretenen abgibt, unmittelbar für und gegen den Vertretenen. Voraussetzung einer wirksamen Stellvertretung ist somit neben einer eigenen Willenserklärung des Vertreters und dem Handeln im fremden Namen die Vertretungsmacht. Eine solche Vertretungsmacht kann einerseits auf Gesetz beruhen. Genannt sei beispielhaft etwa die gesetzliche Stellvertretungsmacht der Eltern für ihr Kind (vgl. §§ 1626, 1629 BGB). Die Stellvertretungsmacht des Vertreters kann sich aber auch daraus ergeben, dass er von einer anderen Person zur Vornahme eines Rechtsgeschäfts bevollmächtigt wird. In diesem Fall spricht man von einer Vollmacht (vgl. § 166 Abs. 2 BGB). Wird der Stellvertreter in diesem Falle für den Vollmachtgeber tätig, so richten sich deren Rechte und Pflichten untereinander regelmäßig nach einem Grundverhältnis, häufig Grundgeschäft genannt, beispielsweise einem Auftrag (§ 662 BGB), einem Dienst- oder Arbeitsvertrag (§ 611 BGB) oder auch einem Geschäftsbesorgungsvertrag (§ 675

BGB). Dann stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis das Grundverhältnis einerseits und die Vollmacht andererseits zueinander stehen. Wie wirkt sich ein unwirksames Grundverhältnis auf die Vollmacht aus? Kann eine Vollmacht auch unabhängig vom Grundverhältnis erteilt werden? Oder anders formuliert: Ist die Vollmacht abstrakt, also unabhängig, vom Grundverhältnis?¹

Zur Einführung diene folgender

Beispielsfall: *Der im Umgang mit Computern äußerst ungeschickte U möchte sich einen neuen PC kaufen. Weil er befürchtet, beim Kauf aufgrund seiner Unerfahrenheit »über den Tisch« gezogen zu werden, beauftragt und bevollmächtigt er seinen als Computerexperten bekannten 17-jährigen Neffen N, für ihn ein solches Gerät beim Computerhändler C zu kaufen. N ist davon begeistert. Voller Enthusiasmus berichtet er seinen Eltern davon. Diese können die Begeisterung des N jedoch nicht teilen, da sie befürchten, N könne sich irgendwie haftbar machen. Daher sind sie mit dem Vorhaben nicht einverstanden. Einige Tage später geht N dennoch in den Laden des C und kauft dort im Namen des U einen Computer. Ist zwischen U und C ein wirksamer Kaufvertrag zustande gekommen?*

II. Das Verhältnis zwischen Grundverhältnis und Vollmacht

Nach der herrschenden Auffassung ist der Abstraktionsgrundsatz im Stellvertretungsrecht wesentliches Element des BGB.² Danach ist das Grundverhältnis, das Auskunft

*Kontaktperson: Andreas Alexander Himmen, der Autor war zum Zeitpunkt der Abgabe des Manuskriptes Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zivilprozessrecht, Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht (Prof. Dr. Klaus Schreiber) der Ruhr-Universität Bochum.

¹ Die Dogmatik des Abstraktionsgrundsatzes im Vertretungsrecht wurde maßgebend geprägt durch eine Abhandlung Labands in ZHR 1866, 183 ff. und fand bereits Niederschlag im ADHGB von 1861. Vgl. ferner Freienfels, Die Abstraktion der Vollmachtserteilung, in: Coing/Wilhelm, Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert, Band 2, 1977, S. 164 ff.

² Ellenberger, in: Palandt, Kommentar zum BGB, 75. Auflage 2016, Einf. v. § 164 Rn. 2; Jauernig, in: Jauernig, Kommentar zum BGB, 16. Auflage 2015, § 167 Rn. 1; Pawlowski, JZ 1996, 125, 126 f.; Petersen, JURA 2004, 829, 831; Schubert, in: Münchener Kommentar zum BGB, 7. Auflage 2015, § 164 Rn. 101; Schreiber, JURA 1998, 606, 608; a.A. insoweit: Beuthien, Gilt im Stellvertretungsrecht ein Abstraktionsgrundsatz? Zum Verhältnis von Auftrag, Amt und Vollmacht, in:

darüber gibt, ob für Vertretenen oder den Vertreter infolge der Stellvertretung Ansprüche gegen den jeweils anderen bestehen und / oder entstehen, von der Vollmacht, die allein für die Frage von Bedeutung ist, ob ein vom Stellvertreter vorgenommenes Rechtsgeschäft im Namen des Vertretenen für und gegen diesen wirkt, zu unterscheiden. Ob dem zuzustimmen ist, gilt es zu prüfen.

Bei der Untersuchung, in welchem Verhältnis Vollmacht und Grundgeschäft zueinander stehen, sind zunächst zwei Fälle zu unterscheiden: Das Verhältnis der Außenvollmacht zum Grundverhältnis und das Verhältnis der Innenvollmacht zum Grundverhältnis. Eine Innenvollmacht liegt in den Fällen des § 167 Abs. 1 Alt. 1 BGB vor, also dann, wenn der Vollmachtgeber die Vollmacht gegenüber dem Bevollmächtigten erklärt.³ Eine Außenvollmacht ist hingegen in den Fällen des § 167 Abs. 1 Alt. 2 BGB gegeben. Diese Art der Vollmacht setzt voraus, dass sie gegenüber einem Dritten erteilt wird, demgegenüber die Vertretung stattfinden soll.⁴ Beide Vollmachtarten haben gemeinsam, dass sie durch einseitig empfangsbedürftige Willenserklärungen erteilt werden.⁵

1. Grundverhältnis und Außenvollmacht

a) Weniger Schwierigkeiten bereitet zunächst die Frage nach dem Verhältnis von Außenvollmacht und Grundverhältnis. Geht man davon aus, dass das zwischen Vollmachtgeber und Stellvertreter geschlossene Grundverhältnis unwirksam oder gar nicht erst entstanden ist, aber der Vollmachtgeber eine Außenvollmacht erteilt hat, ergibt sich die Lösung des Falles unmittelbar aus dem Gesetz. Die §§ 170 bis 173 BGB bestimmen für diesen Fall, dass die Vollmacht zumindest demjenigen gegenüber wirksam ist, gegenüber dem die Außenvollmacht erklärt wurde, sofern er das Erlöschen der Vollmacht nicht kennt oder kennen muss (§ 173 BGB). Die Außenvollmacht ist insoweit unabhängig vom Bestand des Grundverhältnisses. Der Vertreter handelt folglich auch dann mit Vertretungsmacht, wenn das Grundverhältnis unwirksam ist oder gar nicht erst entsteht. Der Wortlaut des Gesetzes ist

insoweit eindeutig. Zu einem anderen Ergebnis führen auch nicht die von § 168 S. 1 BGB statuierten Konsequenzen: Das Erlöschen des Grundverhältnisses schadet dem Fortbestand der Außenvollmacht grundsätzlich nicht, da hier die §§ 170 bis 173 BGB bestimmen, dass die Außenvollmacht gegenüber demjenigen in Kraft bleibt, gegenüber dem sie erklärt wurde.⁶

b) Eine andere Beurteilung ist nicht etwa deswegen angezeigt, weil die wohl überwiegende Ansicht davon ausgeht, bei der Vollmacht nach den §§ 170 bis 172 BGB handele es sich um eine Rechtsscheinvollmacht.⁷ Denn diese Auffassung erscheint mit dem Wortlaut insbesondere des § 170 nicht vereinbar. So spricht § 170 BGB ausdrücklich davon, dass die Vollmacht unter den dort genannten Voraussetzungen in Kraft bleibt. In Kraft *bleiben* kann aber begrifflich nur eine nicht bereits erloschene Vollmacht.⁸ Daher dauert in den erwähnten Fällen bei der Außenvollmacht die bereits erteilte Vollmacht fort.⁹ Dem steht auch nicht § 173 BGB entgegen. Hiernach finden die Vorschriften des § 170 BGB, des § 171 Abs. 2 BGB und des § 172 Abs. 2 BGB keine Anwendung, wenn der Dritte das Erlöschen der Vertretungsmacht bei der Vornahme des Rechtsgeschäfts kennt oder kennen muss. Das bedeutet allerdings nicht, dass § 173 BGB davon ausgeht, die Vollmacht müsse bereits erloschen sein. Vielmehr stellt die Vorschrift einen Erlöschenstatbestand für die ansonsten bestehende Vollmacht dar.¹⁰

2. Grundverhältnis und Innenvollmacht

Mehr Probleme wirft die Frage auf, in welchem Verhältnis die Innenvollmacht und das Grundverhältnis zueinander stehen. Anders als im Falle der Außenvollmacht enthält das Gesetz hier keine eindeutigen Regelungen. Überwiegend wird die Frage allerdings dahingehend beantwortet,

Festgabe aus der Wissenschaft – 50 Jahre BGH, Band 1 2000, S. 81, 108.

³ *Ellenberger* (Fn. 2), § 167 Rn. 1; *Mock*, JuS 2008, 391, 392; *Schilken*, in: Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, Buch 1, Allgemeiner Teil, §§ 164 – 240 BGB, Neubearbeitung 2014, § 167 Rn. 12.

⁴ *Ellenberger* (Fn. 2), § 167 Rn. 1; *Mock*, JuS 2008, 391, 392; *Schilken* (Fn. 3), § 167 Rn. 12.

⁵ BGH NJW-RR 07, 1202 Tz 18; *Petersen*, JURA 2003, 310, 311; *Schreiber*, JURA 1998, 606, 607.

⁶ Soweit ersichtlich, vertritt demgegenüber nur *Beuthien* (Fn. 2), S. 81, 108, die Ansicht, die Außenvollmacht sei gegenüber dem Grundverhältnis nicht abstrakt. Diese Ansicht vermag jedoch aufgrund des eindeutigen Gesetzeswortlautes der §§ 170 bis 173 BGB jedenfalls im Falle der Außenvollmacht nicht zu überzeugen.

⁷ *Ellenberger* (Fn. 2), § 167 Rn. 1; *Lorenz*, JuS 2010, 771, 774; *Valentin*, in: Beck'scher Online-Kommentar BGB, 37. Edition Stand 01.11.2015, § 170 Rn. 7. *Schramm* (Fn. 2), § 170 Rn. 8 stellt die Rechtsscheinvollmacht der echten Vollmacht gleich.

⁸ A. A. *Schubert* (Fn. 2), § 170 Rn. 7.

⁹ So ebenfalls *Flume*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Band 2, 4. Auflage 1992, § 49 Nr. 2, § 51 Nr. 9 (Rechtsgeschäftstheorie); *Schilken* (Fn. 3), § 170 Rn. 9; 171 Rn. 3.

¹⁰ Vgl. hierzu *Flume* (Fn. 9), § 51 Nr. 9; *Schilken* (Fn. 3), § 171 Rn. 3.

dass auch die Innenvollmacht von dem Grundgeschäft grundsätzlich unabhängig sei.¹¹ Zur Begründung dieser Auffassung werden im Wesentlichen Aspekte des Verkehrsschutzes herangezogen und wird auf die Vorschrift des § 167 BGB verwiesen. Zum einen ermögliche die Trennung von Innenvollmacht und Grundverhältnis den Schutz des Geschäftspartners des Vertretenen, da jener sich beim Vertragsschluss mit dem Stellvertreter nicht vergewissern müsse, ob zwischen Vollmachtgeber und Stellvertreter im Grundverhältnis Abreden getroffen wurden.¹² Zum anderen zeige bereits der Wortlaut von § 167 Abs. 1 BGB, dass die Bevollmächtigung des Stellvertreters durch eigenständige Erklärung gegenüber diesem oder dem Geschäftspartner erfolge und insofern gegenüber dem Grundverhältnis eigenständig ist. Dieser Ansicht folgend wäre die Innenvollmacht ebenso wie die Außenvollmacht gegenüber dem Grundverhältnis selbstständig und somit abstrakt.

Ein kleiner Teil der Literatur hingegen will die Innenvollmacht vom Grundverhältnis abhängig machen und verneint damit die Abstraktheit der Innenvollmacht.¹³ Begründet wird diese Ansicht im Wesentlichen mit der Vorschrift des § 168 S. 1 BGB. Hiernach bestimmt sich nämlich das Erlöschen der Vollmacht nach dem zugrundeliegenden Rechtsverhältnis, also dem zwischen Vollmachtgeber und Stellvertreter geschlossenem Grundverhältnis. So führen die Vertreter dieser Auffassung aus, dass, wenn sich schon das Erlöschen der Vollmacht nach dem Grundverhältnis richte, ebenfalls das wirksame Entstehen der Vollmacht von diesem abhängen müsse. Denn andernfalls wäre der Bevollmächtigte bei Unwirksamkeit des Grundverhältnisses, aber Wirksamkeit der Vollmacht durch keinerlei Pflichten aus einem solchen Grundverhältnis gegenüber dem Vollmachtgeber gebunden bzw. sei die Vollmachterteilung in diesem Falle zweckfrei.¹⁴ Legt man diesen Argumentationsansatz zugrunde, wäre die Innenvollmacht folglich vom Grundverhältnis abhängig und eine Abstraktheit zu verneinen.

Für den eingangs geschilderten **Beispielsfall** kämen die Vertreter der jeweiligen Auffassung mithin zu unterschiedlichen Ergebnissen. Der dem N von U erteilte Auftrag (§ 662 BGB) ist mangels Genehmigung der Eltern nach § 108 Abs. 1 BGB nicht wirksam zustande gekommen, da dieses Geschäft für den Minderjährigen aufgrund der Übernahme

von Pflichten nicht lediglich rechtlich vorteilhaft ist (vgl. §§ 107, 108 BGB). Für die Vertreter der ersten Ansicht lässt die Unwirksamkeit des Grundgeschäfts die Wirksamkeit und Existenz der Innenvollmacht allerdings unberührt. Gemäß § 165 BGB reicht für eine wirksame Stellvertretung die beschränkte Geschäftsfähigkeit des Vertreters, sodass dem N dieser Auffassung folgend eine wirksame Vollmacht erteilt wurde. Daher konnte er den U vertreten und für ihn mit C einen Kaufvertrag abschließen. Die zweite Ansicht käme zu dem gegenteiligen Ergebnis, da hiernach die Vollmacht regelmäßig das Schicksal des dem zugrundeliegenden Grundverhältnisses teilt, sodass der N den U zunächst nicht wirksam vertreten konnte.

Welche der beiden Ansichten den Vorzug verdient, ist durch Auslegung zu ermitteln. Hierfür sind die von der Methodenlehre allgemein anerkannten Auslegungskriterien heranzuziehen.¹⁵

a) Wortlaut

Für die Wortlautauslegung müssen naturgemäß diejenigen Vorschriften untersucht werden, die das Verhältnis zwischen Vollmacht und Grundverhältnis zum Inhalt haben.

Zunächst ist § 167 Abs. 1 Alt. 1 BGB heranzuziehen. Danach erfolgt die Erteilung der Innenvollmacht durch Erklärung gegenüber dem zu Bevollmächtigenden. § 166 Abs. 2 BGB enthält die Legaldefinition der Vollmacht. Hierbei handelt es sich um eine rechtsgeschäftlich erteilte Vertretungsmacht. Legt man den Wortlaut dieser beiden Normen zugrunde, kann somit als vorläufiges Ergebnis der Wortlautauslegung festgehalten werden, dass die Vollmacht einerseits durch ein besonderes Rechtsgeschäft erteilt wird und dies durch Erklärung des Vollmachtgebers geschieht. Es handelt sich somit bei der Vollmachtserteilung um ein Rechtsgeschäft mit eigenem Erklärungsgehalt. Es ist auch unabhängig vom Grundverhältnis. Denn auf dessen wirksames Zustandekommen oder dessen Vorliegen wird in keiner der beiden Normen Bezug genommen.

Zweifel an dieser Wortlautauslegung könnte jedoch § 168 S. 1 BGB begründen, der statuiert, dass sich das Erlöschen der Vollmacht nach dem Grundverhältnis bestimmt. Vom Wortlaut sind damit jedoch nur diejenigen Fälle erfasst, in denen es um das Erlöschen, nicht aber um

¹¹ Flume (Fn. 9), § 50 Nr. 2; Jauernig (Fn. 2) § 167 Rn. 1; Schubert (Fn. 2), § 164 Rn. 101.

¹² Flume (Fn. 9), § 45 II Nr. 2; Petersen, JURA 2004, 829, 831.

¹³ Beuthien (Rn. 2), S. 81, 108; Frotz, Verkehrsschutz im Vertretungsrecht, 1972, S. 329, 331.

¹⁴ Beuthien (Rn. 2), S. 81, 84 f.; Frotz (Fn. 13), S. 329, 331.

¹⁵ Vgl. etwa zur Gesetzesauslegung sowie deren Kriterien: BVerfG NZA 1999, 597, 598; BGH NJW 2004, 56 ff.; Wank, Die Auslegung von Gesetzen, 6. Auflage 2015, S. 41 ff.

das Entstehen oder um den Umfang der Vollmacht geht. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich ferner, dass § 168 S. 1 BGB der Annahme einer Eigenständigkeit von Vollmacht und Grundverhältnis nicht entgegensteht. Die Norm macht das Erlöschen der Vollmacht zwar vom Grundverhältnis abhängig. Bereits dieser Umstand stellt klar, dass schon der Gesetzeswortlaut begrifflich zwischen Vollmacht und Grundverhältnis unterscheidet.

Darüber hinaus erfährt § 168 BGB in S. 2 dahingehend eine Begrenzung, dass die Vollmacht beim Fortbestehen des Rechtsverhältnisses widerruflich ist, sofern sich nicht aus diesem ein anderes ergibt. Folglich unterscheidet die Vorschrift selbst zwischen der Widerruflichkeit der Vollmacht und dem Fortbestehen des Grundverhältnisses und bringt dadurch die Unabhängigkeit der Vollmachtserteilung gegenüber dem Grundverhältnis zum Ausdruck.

Demgemäß kann als Ergebnis der Wortlautauslegung festgehalten werden, dass die §§ 167 Abs. 1 Alt. 1, 168 BGB ihrem Wortlaut nach von einer Trennung zwischen Vollmacht und Grundverhältnis ausgehen.

b) Systematik

Die Entstehungsvoraussetzungen der Vollmacht (§ 167 BGB) sind unabhängig von sämtlichen möglichen Grundverhältnissen geregelt und stellen für deren Wirksamkeit keine Verbindung mit den Voraussetzungen des Grundverhältnisses her. Anders ist dies hingegen beim Erlöschen der Vollmacht. Hier verweist § 168 S. 1 BGB für einen möglichen Erlöschensgrund der Vollmacht auf das Erlöschen des Grundverhältnisses und stellt somit eine systematische Verknüpfung zwischen Vollmacht und Grundverhältnis her. Auch § 168 S. 2 BGB bezieht sich insofern auf das Fortbestehen des Grundverhältnisses.

Somit lässt sich aus einer systematischen Auslegung kein eindeutiges Ergebnis herleiten.

c) Entstehungsgeschichte

Aufschlussreich für die Untersuchung, in welchem Verhältnis Vollmacht einerseits und Grundverhältnis andererseits stehen, können die historischen Quellen über die Kodifizierung der Stellvertretung im BGB sein.

So heißt es in den Motiven, in denen sich der damalige Gesetzgeber mit dem Verhältnis von Vollmacht und Grundverhältnis auseinandersetzte:

»Die Vollmachtserteilung wird von dem Entwurfe als ein einseitiges Rechtsgeschäft aufgefasst; sie bindet den

Vollmachtgeber und gewährt dem Bevollmächtigten die Macht zu einem Wollen und Handeln im Namen des Vollmachtgebers.«¹⁶ Im Weiteren ging der historische Gesetzgeber davon aus, Vollmacht und Grundverhältnis beruhten »nicht auf begrifflicher Einheit, sondern auf dem Verhältnis von Mittel und Zweck. Durch die Annahme des Auftrags übernimmt der Beauftragte die Verpflichtung, das Rechtsgeschäft im Namen des Auftraggebers einzugehen, und um dieser Verpflichtung genügen zu können, erhält er gleichzeitig, aber durch ein besonderes Rechtsgeschäft, die Macht, im Namen des Auftraggebers aufzutreten.«¹⁷ Anschließend heißt es: »Es ist auch sehr wohl möglich, dass der Auftrag gültig, die Vollmacht dagegen [...] nichtig ist. Ebenso kann die Vollmacht allgemein lauten, aber die Art und Weise, wie der Bevollmächtigte sich ihrer bedienen soll, besonders festgesetzt, der Auftrag mithin beschränkt sein. Dazu kommt, dass die Bevollmächtigung, wenngleich sie der Regel nach mit einem Auftrage verbunden sein wird, doch mit einem solchen nicht verbunden sein muss. Es giebt auch Vollmachten ohne Auftrag.«¹⁸

Danach scheint das Ergebnis der historischen Auslegung auf dem ersten Blick festzustehen: Zwar ging der historische Gesetzgeber dem Grundsatz nach davon aus, dass die Vollmacht und das Grundverhältnis in einer Mittel-Zweck-Relation zueinander stehen. Doch lässt sich den Motiven entnehmen, dass von einer Abstraktheit der Vollmacht gegenüber dem Grundverhältnis ausgegangen wurde. Denn die Vollmacht sollte als eigenes, einseitiges und besonderes Rechtsgeschäft ausgestaltet werden, welches es dem Stellvertreter erst ermöglicht, für den Vollmachtgeber Rechtsgeschäfte abzuschließen. Außerdem wurden Vollmacht und Grundverhältnis von Anfang an nicht als »begriffliche Einheit«¹⁹ angesehen. Dass dabei der Abschluss des Grundverhältnisses und die Erteilung der Vollmacht auch Hand in Hand gehen können, ändert nichts an dem Erfordernis eines gesonderten, besonderen Rechtsgeschäfts zur Begründung der Vollmacht. Sogar noch konkreter wird der historische Gesetzgeber hinsichtlich des gegenseitigen Verhältnisses von Vollmacht und Grundverhältnis, wenn er ausdrücklich ausführt, es bestehe sogar die Möglichkeit, dass die Vollmacht auch ohne Grundverhältnis bestehen könne.

Legt man dies zugrunde, erscheint es indes umso erstaunlicher, dass die zweite Kommission, deren Arbeit maßgebend für den heutigen § 168 BGB gewesen ist, bei

¹⁶ Motive bei *Mugdan*, Die gesamten Materialien zum Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich, Band 1, 1899, S. 479.

¹⁷ Motive bei *Mugdan* (Fn. 16), S. 479.

¹⁸ Motive bei *Mugdan* (Fn. 16), S. 479.

¹⁹ Motive bei *Mugdan* (Fn. 16), S. 479.

der Schaffung dieser Vorschrift folgendes erwog: »Von der im Abs. 3 [§ 119 E] hinsichtlich des Erlöschens der Vollmacht ausgesprochenen Verweisung auf die Vorschriften über das Erlöschen des Auftrages sei abzusehen, weil die Vollmacht kein abstraktes Rechtsgeschäft sei, sondern sich stets an ein anderes Rechtsverhältnis anlehne und mit dessen Existenz stehe und falle, eine solche Verweisung auch geeignet sei, die im Entwurf sonst durchgeführte Trennung von Vollmacht und Auftrag zu verdunkeln.«²⁰

Diese Passagen mögen im Hinblick auf die vorher zitierten Textstellen Fragen aufwerfen. Im Gegensatz dazu wird in den Beratungen der zweiten Kommission ausgeführt, dass die Vollmacht kein abstraktes Rechtsgeschäft und unmittelbar an die Existenz des Grundverhältnisses gebunden sei. Eine grundsätzliche Trennung von Vollmacht und Grundverhältnis lässt sich diesen Gesetzesmaterialien dennoch entnehmen, denn immerhin wurde angemerkt, dass zwischen Grundverhältnis einerseits und Vollmacht andererseits unterschieden werden muss und im Entwurf an sich eine Trennung von Vollmacht und Grundverhältnis durchgeführt wurde.

Die historische Auslegung kommt somit zwar zu keinem eindeutigen Ergebnis, wenngleich doch eine Tendenz dahingehend zu verzeichnen ist, dass auch der historische Gesetzgeber Grundverhältnis und Vollmacht dem Grundsatz nach voneinander trennen wollte.

d) Teleologische Auslegung (Sinn und Zweck)

Die in § 167 Abs. 1 BGB statuierte rechtsgeschäftliche Erteilung der Vollmacht hat zum Regelungsinhalt, dass der Vollmachtgeber dem Stellvertreter oder Bevollmächtigten eine Rechtsmacht verleihen kann, die es ihm ermöglicht, für und gegen den Vollmachtgeber Rechtsfolgen herbeizuführen.²¹ Dies kann er allerdings nur dann, wenn ihm zuvor eine wirksame Vollmacht erteilt wurde. Denn gemäß § 164 Abs. 1 BGB ist die Vertretungsmacht notwendige Voraussetzung, um ein Rechtsgeschäft vornehmen zu können, das für und gegen den Stellvertretenen wirkt. Primär geht es also darum, dass ein Vertrag zwischen dem Vertretenen, der sich der Stellvertretung bedient, und einer anderen, dritten Person zustande kommen soll, allerdings den Vertragsschluss selbst nur der Stellvertreter sowie die dritte Personen herbeiführen sollen. Diesem Sinn und Zweck vermag jedoch allein dann vollumfänglich Rechnung getragen werden, wenn die Prämisse zu-

grunde gelegt wird, dass Vollmacht und Grundverhältnis dem Grunde nach unabhängig voneinander sind.

Zu denken ist etwa an solche Fallkonstellationen, in denen zwischen Vollmachtgeber und Stellvertreter gar kein Grundverhältnis besteht, sondern Basis der Stellvertretung ein Verhältnis völligen Vertrauens ist.

Beispiel: Die Eltern erteilen ihren Kindern eine Vollmacht, damit im Falle von Unfällen oder anderen unvorhersehbaren Vorkommnissen die laufenden Angelegenheiten durch sie erledigt werden können.

Beziehungen wie die im soeben aufgestellten **Beispiel** sind in der Regel durch ein Vertrauensverhältnis gekennzeichnet. Denn die Eltern vertrauen sich gerade ihren Kindern und nicht einem unbekannten Dritten an, damit ihre laufenden Angelegenheiten geregelt werden, wenn sie es nicht können. Es wäre ein juristischer Kunstgriff, hier den Abschluss eines Vertrages als Grundverhältnis anzunehmen, da die Stellvertretung in solchen Fällen nur eine Gefälligkeit ohne jedweden Rechtsbindungswillen von Vollmachtgeber und Stellvertreter darstellt. Würden jedoch Grundverhältnis und Vollmacht zueinander nicht in einem Unabhängigkeitsverhältnis stehen, sondern die Selbstständigkeit der Vollmacht verneint werden, wäre die Möglichkeit der Erteilung einer isolierten Vollmachten nicht eröffnet. Dies entspräche in dem genannten **Beispiel** jedoch eindeutig nicht dem Willen der Beteiligten und liefe somit insgesamt dem Sinn und Zweck der Stellvertretung in derartigen Fallkonstellationen zuwider.²² Zu Unrecht geht daher *Beuthien*, der die Existenz der isolierten Vollmacht ebenfalls anerkennt,²³ davon aus, dass allein aus der Möglichkeit der isolierten Vollmachterteilung keine Schlüsse auf das Verhältnis von Vollmacht und Grundverhältnis gezogen werden können.²⁴ Denn es ist nicht konsequent und im Endeffekt widersprüchlich, der Vollmacht im Falle ihrer isolierten Erteilung Selbstständigkeit zu gewähren, ihr diese aber dann wieder zu entziehen, wenn ein Grundverhältnis zwischen Vollmachtgeber und Stellvertreter hinzukommt.

Ähnlich wie diejenigen Fälle, bei denen die Stellvertretung auf einer Vertrauensgrundlage beruht, sind darüber hinaus solche Konstellationen zu beurteilen, in denen das

²⁰ Protokolle bei *Mugdan* (Fn. 16), S. 742.

²¹ *Schilken* (Fn. 3), § 167 Rn. 1; *Schubert* (Fn. 2), § 167 Rn. 1.

²² Dementsprechend wird die Existenz von isolierten Vollmachten auch allgemein anerkannt, vgl. etwa BGHZ 110, 363, 367; *Habermeier*, in: *Bamberger/Roth*, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 3. Auflage 2012, § 167 Rn. 2; *Schubert* (Fn. 2), § 168 Rn. 2; ferner schon Motive bei *Mugdan* (Fn. 16), S. 479.

²³ *Beuthien* (Rn. 2), S. 81, 95.

²⁴ *Beuthien* (Rn. 2), S. 81, 95.

Entstehen eines Grundverhältnisses quasi nur eine Art »Nebenprodukt« der Vollmachterteilung ist. Hier kommt es dem Vollmachtgeber im Hinblick auf die Stellvertretung nur darauf an, dass sein Stellvertreter für ihn einen Vertrag schließt, weil der Vollmachtgeber sich beispielsweise durch einen solchen Vertragsschluss einen besonderen wirtschaftlichen oder sonstigen Vorteil erhofft. Nähme man nun an, die Vollmacht stünde in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Grundgeschäft und dieses sei aus welchen Gründen auch immer unwirksam, wäre damit gleichzeitig auch der Bestand der Vollmacht mit umfasst. Schließt der vermeintliche Vertreter nun dennoch einen Vertrag mit dem Geschäftspartner des Vollmachtgebers ab, beispielsweise weil Vollmachtgeber und Stellvertreter immer noch davon ausgehen, der Stellvertreter sei bevollmächtigt worden, wäre das Ergebnis für keinen der Beteiligten interessengerecht.

Beispiel: *A bevollmächtigt und beauftragt den mittellosen B, für ihn ein exklusives Auto bei Autohändler C zu kaufen. Der Auftrag (§ 662 BGB) ist jedoch unwirksam. Im Autohaus schließen nunmehr B im Namen des A und C einen Kaufvertrag über das Auto.*

Im vorliegenden **Beispiel** wäre es weder im Interesse des Vollmachtgebers (A), dass der ersehnte Vertragsschluss für ihn ausbliebe, noch in dem des Stellvertreters (B), dass dieser als Vertreter ohne Vertretungsmacht (§ 177 BGB) handelte und sich womöglich einer Haftung nach § 179 BGB unterzöge. Auch dem Interesse des Geschäftspartners (C) würde nicht hinreichend Rechnung getragen werden, da dieser davon ausging, der Vertrag komme allein zwischen ihm und dem liquiden Vollmachtgeber zustande. Allein die Annahme einer Unabhängigkeit von Grundverhältnis und Vollmacht würde somit in solchen Fällen zu interessen- und sachgerechten Resultaten führen. Dies gilt gerade auch – wie anhand des **Beispiels** gezeigt – im Hinblick auf den mit dem stellvertretungsrechtlichen Abstraktionsprinzip bezweckten Verkehrsschutz²⁵, dem jedes andere Ergebnis zuwider liefe.

Ferner mag es zwar Sinn und Zweck von § 168 S. 1 BGB sein, dass dieser grundsätzlich bindungslose Vollmachten vermeiden wolle.²⁶ Allerdings relativiert sich diese *ratio* spätestens in den Fällen der isolierten Vollmacht, bei denen gar kein Grundverhältnis gewollt ist. Auch in denjenigen Sachverhalten, in denen es dem Vollmachtgeber in erster Linie um eine wirksame Stellvertretung und nicht

um etwaige Ausgleichsansprüche im Grundverhältnis geht, entspräche die Annahme einer unwirksamen Vollmacht nicht dem Parteiinteresse.

Weiterhin mag es zwar ohne Weiteres einleuchten, dass die Vollmacht mit dem Ende des Grundverhältnisses erlischt, da in solchen Fällen der Zweck der rechtsgeschäftlichen Stellvertretung, nämlich ein Vertragsschluss für den Vollmachtgeber, erreicht wurde. Nicht zu überzeugen vermag jedoch dann die Annahme, die Vollmacht teile bei Unwirksamkeit des Grundverhältnisses deren Schicksal, da sie nicht abstrakt sei. In diesem Falle ist nämlich der mit der Bevollmächtigung bezweckte Vertragsschluss für den Vollmachtgeber durch den Stellvertreter nicht erfolgt. Folglich kann § 168 S. 1 BGB keine so große Gewichtung entfalten, die es zu rechtfertigen vermag, dass die Vorschrift über das Erlöschen der Vollmacht hinaus Anwendung finden sollte.²⁷

Nach der teleologischen Auslegung sind mithin Vollmacht und Grundverhältnis ebenfalls voneinander unabhängig.

e) Abwägung

Zwar gelangen die systematische Auslegung und eine historische Auslegung zu keinem eindeutigen Ergebnis, doch sprechen der eindeutige Wortlaut der entsprechenden Normen, namentlich der §§ 166, 167, 168 BGB, sowie der Sinn und Zweck der rechtsgeschäftlichen Stellvertretung und der Vollmachterteilung für die grundsätzliche Abstraktheit der Vollmacht gegenüber dem Grundverhältnis.

III. Ergebnis der Untersuchung

Im Rahmen der rechtsgeschäftlichen Stellvertretung sind zwei verschiedene Ebenen zu unterscheiden:

Auf der einen Ebene steht die dem Stellvertreter erteilte Vollmacht. Nach dieser richtet sich, ob ein Rechtsgeschäft im Namen des Vertretenen für und gegen diesen wirkt. Auf der anderen Ebene befindet sich das Grundverhältnis. Dieses regelt die Rechte und Pflichten zwischen Vollmachtgeber und Stellvertreter, die infolge der Stellvertretung entstehen.

²⁵ Lüderitz, JuS 1976, 765, 767; Pawlowski, JZ 1996, 125, 129; Petersen, JURA 2004, 829, 832; Schubert (Fn. 2), § 164 Rn. 94.

²⁶ Vgl. etwa Medicus, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 10. Auflage 2010, Rn. 949.

²⁷ So im Ergebnis auch Flume (Fn. 9), § 50 Nr. 2; Enneccerus/Nipperdey, Allgemeiner Teil des bürgerlichen Rechts, Band 1, 15. Auflage 1960, S. 1137; von Tuhr, Der Allgemeine Teil des Bürgerlichen Rechts, Band 2, Hälfte 2, 1918, § 85 II.

Bei der Außenvollmacht ergibt sich die Unabhängigkeit gegenüber dem Grundverhältnis bereits aus dem Gesetz. Die Innenvollmacht gewinnt ihre Unabhängigkeit aus dem dem Stellvertretungsrecht innewohnenden Abstrak-

tionsgrundsatz. Dieser Abstraktionsgrundsatz wird jedoch im Falle des § 168 S. 1 BGB durchbrochen, da mit dem Ende des Grundverhältnisses auch die Vollmacht erlischt.